

# „Gumpersdorfer nicht weiter vertrösten!“

## MdB Pronold (SPD) macht Druck beim Verkehrsminister

**D**er SPD-Bundestagsabgeordnete Florian Pronold macht Druck bei Verkehrsminister Ramsauer: In einem Brief an den Minister fordert er die Aufnahme der Ortsumgehung Gumpersdorf in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans.

„Die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans steht in den kommenden Monaten an. Jetzt dürfen die Menschen in Gumpersdorf nicht weiter vertrösten werden. Damit sie nicht bis zum Sanktimmerleinstag auf die Ortsumgehung warten müssen, muss eine schnelle Zusage für die Aufnahme in den vordringlichen Bedarf erfolgen“, betont Florian Pronold.

Die Pläne des Bundesverkehrsministers, vierspurige Bundesstraßen in die Mautpflicht aufzunehmen, seien für den Landkreis Rottal-Inn nicht hilfreich, so der Abgeordnete:

Techn. Kundendienste  
**Radio Bauer**  
Reparatur-Werkstatt  
Fernseh- und Videoreparaturen  
Industriestraße 16 · 84347 Pfarrkirchen  
Tel. 0 85 61 / 26 73

„Hier bei uns gibt es keine vierspurigen Bundesstraßen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum der vierspurige Ausbau einer Bundesstraße als Kriterium für die Aufnahme in die Mautpflicht gelten soll. Vielmehr müssen die durch Verkehrszählungen belegten tatsächlichen Belastungen eine Rolle spielen.“

MdB Florian Pronold fordert: „Den Sonntagsreden von der Wichtigkeit des ländlichen Raums müssen Taten folgen. Ramsauer muss auch die B20 in die mautpflichtigen Strecken aufnehmen, damit dem Maut-



ausweichverkehr ein Riegel vorgeschoben wird. Die Menschen im ländlichen Raum dürfen nicht weiter hintangestellt werden.“

Weitere Fragen, die Pronold in seinem Brief stellt: „Was hat der Freistaat bisher unternommen, um eine schnellstmögliche Entlastung durch eine Ortsumgehung zu realisieren? Wann ist frühestens, wann spätestens damit zu rechnen, dass die Bürger durch die Fertigstellung der Ortsumgehung entlastet werden (unterstellt, es gibt keine Klagen)? Stehen die erforderlichen Mittel auf Bundesseite zur Verfügung oder gibt es verbindliche Zusagen des Freistaates die Kosten komplett oder teilweise zu übernehmen?“